



Diafistoter Zeitung

Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Erscheint täglich — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition abgeholt 1 Mark.

Brockdorff-Rangau über den Völkerbund.

Wolffmeldung.

Berlin, 14. Januar.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rangau, empfing heute Vertreter der Presse und führte dabei folgendes aus:

Als unsere Waffenstillstandskommission im Walde von Compiègne zu dem Abschluß des ersten Waffenstillstandsvertrages kam, da schien ihr in den Wilsonschen 14 Punkten und vor allem in der Idee des Völkerbundes die Grundlage für die Neugestaltung der Welt zu bestehen. Der Gedanke des Völkerbundes wurde von uns mit all dem Idealismus aufgenommen, der das Erwachen des deutschen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Mit all diesen Idealen stehen wir auch heute hinter ihm. Wir sind durch die Sachlage dazu gezwungen, Bedingungen, die uns der Gegner in den militärischen Waffenstillstandsverhandlungen aufzwingt, als die Geschlagenen mit Protest hinzunehmen oder sie abzulehnen. Niemand kann uns jedoch durch Zwang oder Gewalt dazu bringen, von der Überzeugung zu lassen, daß die sittlichen Kräfte in allen Ländern noch einem Neuaufbau der Ordnung zwischen den Staaten hürten und daß wir in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie und der Zustimmung der edelsten Geister in der ganzen Welt sicher sind. Daß in einer solchen Welt, deren Zusammenleben sich auf ganz anderen Grundstufen aufbauen wird, als wie sie bisher in der Sprache, den Methoden und den Gedankenängsten der Politik üblich waren, kein Platz ist für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, bedarf keiner Erwähnung. Ebenso ist es selbstverständlich, daß diese Prinzipien in dem gleichen Maße jedem Volk zugutekommen müssen. Jedes gegenseitige Vorgehen ließe neuen Haß zwischen den Völkern säen; und zudem würde es nur diejenigen Kräfte stärken, die vorgeben, es bedürfe einer gewalttätigen sozialen Weltrepublik und der terroristischen Diktatur des Proletariats, um endlich menschenwürdige Zustände in der Welt herbeizuführen.

Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Dieser Sieg kann nicht herbeigeführt werden durch die kleinlichen Mittel, durch Intrigen und Vorzimmergeheimnisse, wie sie das alte System anzuwenden liebte. Ebenjovengleich dürfte er gefördert werden dadurch, daß wir versuchen, Verwirrung in die Reihen unserer Gegner zu bringen. Wenn wir diese Gegner erst uneinig machen könnten, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß schließlich doch nur das Gute von Bestand in der Welt ist, dann könnten wir ja von vornherein bei ihnen nicht das voraussetzen, was das dringende Erfordernis für die Zugehörigkeit zum Völkerbund bedeutet: die sittliche Überzeugung.

Wir wollen eine neue Politik für das deutsche Volk. Wir wollen eine Politik der Versöhnung mit dem Auslande, eine Politik, die den echten, von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Aber man wird uns fragen: Wen führt Ihr in diesen Völkerbund? Dann müssen wir sagen können: Wir bringen ein einiges Volk, das den Frieden in der Welt will und das gesonnen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufrecht und bewußt in die Schranken zu treten.

Brockdorff-Rangau betreibt energisch die Reform des deutschen auswärtigen Dienstes. Zunächst die Neugestaltung des wirtschaftlichen Auslandsdienstes soll als besonders dringend durchgesetzt werden. Der bisherige Handelsattaché der Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat Dr. Helmut Töpfer, wird hierbei dem Auswärtigen Amt zur Seite stehen. Er ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden.

Mit praktischer Arbeit soll begonnen, die zersplitterte Berichterstattung und die Arbeitsweise der Auslandsvertretungen auf wirtschaftlichem Gebiete sollen vereinheitlicht werden. Auch die Verhältnisse der deutschen Konsulate zu den Gesandtschaften sollen bei den geplanten Arbeiten eine wesentliche Rolle spielen.

Amsterdam, 13. Januar. W. L. B.

Die Blätter berichten aus Odessa, daß die dortige Bahnpostpolizei einen Reisenden aus Polen

verhaftete, der aus Deutschland kam und 60000 Mark und Briefe für Winkoop und andere Revolutionäre bei sich trug.

Säuberungsarbeit in Berlin.

Wolffmeldung.

Berlin, 15. Januar.

Die Säuberung des Stadtteils Moabit von spartakistischen Elementen ist beendet. Bis zum Abend waren rund 15000 Gewehre sowie ein Maschinengewehr, eine große Anzahl Revolver und Browningpistolen beschlagnahmt worden. Die Säuberung der anderen Stadtteile wird fortgesetzt werden. Durch den Streik der Hoch- und Untergrundbahn ist die Verkehrsnot in der Stadt ungeheuerlich gewachsen. Der Eisenbahnstreik ist beendet. Die Arbeit wurde in allen Betrieben und Werkstätten wieder aufgenommen.

Vom 14. Januar wird uns noch gemeldet: Heute früh ist das gesamte Betriebspersonal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen mit der Direktion der Hochbahngesellschaft haben zu keinem Ergebnis geführt, obwohl die Direktion zu den weitesten Zugeständnissen bereit war.

Im Berliner Zeitungsdruckeramt wurden Schutzwachen der Zeitungsgebäude und des Geschäftshauses des Wolffbüreaus wieder lebhaft von den Dächern aus beschossen, und zwar teilweise mit Maschinengewehren und Handgranaten. Das Zeitungsamt war stundenlang vom heftigen Geschloßfeuer erfüllt.

Ein Erlass des Oberkommandierenden Koske begrüßt den Einmarsch beträchtlicher Truppenmengen in Berlin mit der Gewährleistung der Sicherheit der Person, des Eigentums, der Freiheit der Presse und der ungehinderten Ausübung des Wahlrechts. Die Arbeiter, Soldaten und Bürger werden aufgefordert, allen Anweisungen der militärischen Posten und Patrouillen Folge zu leisten. Ansammlungen auf der Straße sind untersagt, der Verkehr auf der Straße ist auf das Nötigste zu beschränken. Fernsprecher sind nur in den dringendsten Fällen zu benutzen. Die Bürger werden aufgefordert, auf die schnelle und reibungslose Waffenabgabe hinzuwirken.

Straßenkämpfe in Bremen und Dortmund.

Bremen, 15. Januar. W. L. B.

Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrats über die Bewaffnung des Proletariats und die in Aussicht gestellte gänzliche Entwaffnung des Militärs führten zu offener Auflehnung der Truppen. Es kam zu Straßenkämpfen, die eine Reihe von Opfern kosteten.

Dortmund, 15. Januar. W. L. B.

Die Spartakisten wurden nach blutigen Straßenkämpfen entwaffnet.

Die neuen Reichssteuern.

Wolffmeldung.

Berlin, 14. Januar.

Das vorläufige Steuerprogramm der deutschen Reichsregierung sieht zwei Gesetzentwürfe vor.

Der erste betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und stellt eine Wiederholung der Kriegsabgabe für 1918 dar. Einzelpersonen zahlen eine Abgabe vom Mehreinkommen, wobei Mehreinkommen bis 3000 Mark steuerfrei bleiben und die Steuerfälle mit 5 Proz. beginnen bei 10000 Mark und bis 50 Proz. steigen. Von der Vermögensabgabe sind Vermögen bis 100000 Mark befreit. Die Abgabe beträgt bei 200000 Mark 1, bei 300000 Mark 2, bei 500000 Mark 3, bei einer Million 4, bei höheren Beträgen 5 vom Tausend.

Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs von 1918 bis 1919, wobei ein Zuwachs von 3000 Mark steuerfrei bleibt und der Zuwachs mit 10 Prozent bei 10000 Mark bis zu 100 Prozent auf alle 500000 Mark übersteigenden Gewinne besteuert wird. Mehr als 199500 Mark Zuwachs darf niemand behalten.

Der verlängerte Waffenstillstandsvertrag.

Das Delegationsprogramm für die Friedenskonferenz.

Wolffmeldung.

Basel, 15. Januar.

Der jetzt eingetroffene ausführliche Havasbericht über die Sitzung des Obersten Kriegsrates der Alliierten enthält noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten:

Der Kriegsrat bestand aus den Premierministern, den Ministern des Auswärtigen, dem Finanzminister Klog, Degues, Elementel, Loucheur sowie Chinda Mossul, dem Vertreter Japans.

In wirtschaftlicher Hinsicht beschloß der Oberste Kriegsrat, für die Versorgung Deutschlands und der anstehenden Länder Jugoslawien, Tschecho-Slowakien, Polen, Ungarn und Rumänien Vorsorge zu treffen. Jedoch wird von Deutschland, das durch seinen Unterseebootkrieg den Zustand der Welt hungernot hervorgerufen hat, gefordert werden, es müsse die Mittel liefern, um ihr abzuwehren. Infolgedessen wird Deutschland alle Handelschiffe liefern müssen, die noch in seinen oder neutralen Häfen liegen, damit ihre Tonnage für den Transport von Lebensmitteln verwendet werden kann. Viele Lebensmittel können von jedem beliebigen Lande berührt werden und für irgendwelchen Ort bestimmt sein. In wirtschaftlicher Hinsicht wird von den Deutschen noch gefordert werden die Herausgabe des gesamten von seinen Truppen in den Fabriken des besetzten Gebiets weggenommenen Materials, dessen Eigentümer noch nachgewiesen werden können.

Die finanziellen Fragen beziehen sich auf eine Goldreserve der Deutschen Reichsbank und die Herausgabe von Papiergeld von Deutschland. Marschall Foch oder seine Vertreter werden ihre Ansicht äußern hinsichtlich der Sicherstellung des Golddepots. Für den Transport des Goldbestandes der Reichsbank aus Berlin werden Garantien gefordert werden aus Furcht vor bolschewistischen Unternehmungen.

Hinsichtlich der maritimen Angelegenheiten verlangen die neuen Waffenstillstandsbedingungen von Deutschland die strikte Anwendung der Klausel über die Lieferung des Unterseebootmaterials, der noch nicht in vollem Umfange entsprochen worden ist. Es ist nicht die Rede von einer Besetzung deutscher Häfen durch die Alliierten, wie gerüchelt wurde.

Die Prüfung des Problems einer militärischen Intervention in Polen gegen die bolschewistische Bewegung wurde vertagt, entgegen einer versprochenen Nachricht von der Entsendung einer amerikanischen und einer interalliierten Division (letztere bestehend aus je einem französischen, italienischen und englischen Regiment). Die Erleichterungen, die durch den Waffenstillstand vom 11. November gegeben sind, werden, besonders was Dänzig anbelangt, aufrechterhalten.

Die Vertreter der fünf großen Mächte verhandeln im zweiten Teil der Sitzung die Prüfung des Programms des Friedenskongresses weiter. Sie setzten besonders die Delegierten, welche die alliierten Staaten auf der Friedenskonferenz vertreten sollen, und besonders die Anzahl der Vertreter der Staaten untergeordneter Bedeutung, fest. Japan, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Frankreich werden je fünf Vertreter entsenden. Nur Brasilien wird das Recht einer besonderen Behandlung eingeräumt. Je zwei Vertreter werden folgende Staaten entsenden: Belgien, Serbien, Griechenland, Polen, Tschecho-Slowakien, Rumänien und China. Nur ein Bevollmächtigter wird im Namen Portugals und aller diejenigen Staaten sprechen, die mit den Zentralmächten nur die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben. Die englischen Dominions werden besonders vertreten werden neben den Vertretern Englands. England, Kanada, Australien, Südafrika und Indien werden zwei Vertreter, Neuseeland und Neufundland nur einen haben. Die Frage der Vertretung des noch nicht von den Großmächten anerkannten Königreichs Jugoslawien wurde zurückgestellt, aber es ist wahrscheinlich, daß die Kroaten und Slowenen die vorgesehenen Delegierten bekommen werden. Für Montenegro indessen ist die Frage der Ernennung von Delegierten noch nicht zu entscheiden angesichts der verworrenen politischen Lage, da die königliche Regierung sich weigert, den Willen

der Völker, die sich für eine Vereinigung mit Jugoslawien ausgesprochen haben, anzuerkennen.

Vom Obersten interalliierten Kriegsrat wurde die Frage der Vertretung Rußlands aufgeworfen. Jeder Staat wird, ungeachtet der Anzahl seiner Vertreter, nur Anrecht auf eine Stimme haben. Darauf besprach die Versammlung die Prüfung des Geschäftsverfahrens und nahm den Vorschlag Wilsons an, mit der Lösung der Aufgabe technische Kommissionen zu betrauen. In einer Sitzung am Mittwoch früh haben die Premierminister der fünf Großmächte den Arbeitsplan und die leitenden Gesichtspunkte für die Durchführung der Konferenz festgelegt. Die erste Vollfriedenssitzung findet Sonnabend, den 18. Januar, im Ministerium des Äußeren statt. Orlando wird dann aus Italien zurück sein. Poincaré wird die Eröffnungsrede halten. Dann wird das Bureau gewählt werden.

Zusammentritt der Delegationssekretäre.

Wolffmeldung.

Paris, 15. Januar.

Das Sekretariat der Delegierten, welche die Großmächte vertreten, trat unter dem Vorsitz von Lutasta zusammen, um die Einladungen für die erste Sitzung der Konferenz am Sonnabend vorzubereiten. Der „Temps“ meint, daß die Leitung der Debatten den Vertretern der fünf Großmächte überlassen wird und daß die Delegierten der kleinen Mächte von besonderen Komitees angehört werden. Voraussichtlich werde die Prüfung der polnischen Frage demnächst stattfinden.

Besetzung rechtsrheinischer Häfen durch die Entente.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 14. Januar.

Die Stadtverwaltung von Duisburg hat nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Telegramm erhalten, worin von seiten des Verbandes mitgeteilt wird, daß die rechtsrheinischen Häfen und Landungspunkte besetzt werden. Für Duisburg kämen drei Kompagnien in Betracht.

Erzberger über die Kriegsschadensforderung der Gegner.

Wolffmeldung.

Stuttgart, 15. Januar.

Aber die Höhe der feindlichen Schadenersatzforderung äußerte sich Staatssekretär Erzberger in einer Unterredung mit süddeutschen Eisenbahnministern in Ulm. Foch halte für eine angemessene Entschädigung für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die Seeschäden die Summe von 20 Milliarden Mark, zusammen also 50 Milliarden Mark. Als Sicherheit würden die Alliierten die Verpfändung der Eisenbahnen und Forsten fordern.

Ententepäne in Rußland.

Eigener Drahtbericht.

London, 13. Januar.

In der russischen Frage wird von den Alliierten dem „Manchester Guardian“ zufolge der Plan ernstlich erwogen, eine Kommission nach Rußland zu entsenden, die teils Untersuchungs-, teils Versöhnungskommission sein soll. Natürlich wird die bolschewistische Regierung sich damit zufrieden geben müssen, daß die Rußland betreffenden Fragen bis zu einem späteren Stadium der Friedenskonferenz vertagt werden. Die Kommission wird sich über den wirklichen Zustand in Rußland vergewissern und eine Methode für die Abhaltung von Wahlen in Vorschlag bringen. Wenn die Macht der Bolschewiki beseitigt würde, dann würde sie im Namen Rußlands sprechen können. Das wäre jedoch nicht zu erwarten, und die Bolschewiki würden den Charakter ihrer Regierung durch Zuziehung von anderen politischen Elementen ändern müssen. Diese Politik würde im Verein mit einem Plan zur Unterstützung Rußlands durchgeführt werden.

Gemäßigte Strömung in Italien.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 14. Januar.

Orlando hatte in Paris nach einer Meldung des „Abend“ aus Lugano eine fast zweistündige Unterredung mit Wilson. Bei der Unterredung war Sonnino nicht zugegen. Diese Nachricht hat in den politischen Kreisen Roms das größte Aufsehen erregt. Seit dem Besuch Wilsons in Italien hat die Strömung gegen einen Gewaltfrieden und zugunsten der Gesellschaft der Na-

tionen mächtig zugenommen und sogar nationalistische Blätter von der Bedeutung des „Corriere della Sera“ und „Secolo“ für sich gewonnen. Immer mehr greift die Überzeugung um sich, daß ein Festhalten am Imperialismus einen neuen Krieg für Italien heraufbeschwören würde, zu dem das italienische Volk seine Zustimmung verweigern würde. Die Einsichtigen unter den früheren Kriegsgegnern suchen deshalb einer Katastrophe vorzubeugen und fordern den Rücktritt Sonninos. Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob Orlando oder Sonnino der Sieg zuteil wird.

Orlando mußte am Sonntag nach Italien zurückreisen, da der Rücktritt des Schatzministers Ritti die Neubesehung des Amtes forderte. Orlando sagte, er werde spätestens Freitag wieder in Paris sein.

Die luxemburgischen Republikaner wollen zu Frankreich.

Wolffmeldung.

Paris, 15. Januar.

Die Partei, die in Luxemburg die Republik ausgerufen hat, beabsichtigt nach dem „Journal des Debats“, eine offizielle Forderung nach hier zu senden, um der französischen Regierung die Angleidung Luxemburgs an Frankreich vorzuschlagen.

Die Großherzogin Adelheid von Luxemburg ist aus der Hauptstadt geflüchtet. Sie soll sich aber noch in der Umgegend der Hauptstadt aufhalten.

Milderung der Blockade.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 14. Januar.

Eine Milderung der Seesperre gegen Deutschland ist, wie der „Kreuzzeitung“ aus Hamburg gemeldet wird, insofern eingetreten, als norwegische Schiffe nach deutschen Häfen Geleitscheine erhalten. Darauf ist als erstes norwegisches Schiff der Dampfer „Triumph“ mit einer Ladung von Heringen und Fischereierzeugnissen von Stavanger in Hamburg eingelaufen. Norwegen hat jetzt um Geleitscheine nachgeschickt, um von Deutschland Salzladungen für Norwegen zu erhalten.

Die amerikanischen Friedensabgeordneten sollen, wie „Daily Telegraph“ behauptet, der Überzeugung sein, daß die Blockade gegen die Mittelmächte aufgehoben werden müßte, weil eine unzureichende Lösung der Lebensmittelfrage gefährliche Folgen für sie haben könnte.

Bromberg teilweise von den Polen eingeschlossen.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 15. Januar.

Bromberg soll nach verschiedenen Zeitungsmeldungen von den Polen eingeschlossen sein. Innerhalb der Bromberger Garnison zeigten sich Strömungen, die zu den ernstesten Bedenken Veranlassung geben. In Thorn ist man nach einem Bericht der „Bolschischen Zeitung“ zuversichtlich gestimmt und glaubt die Polen, wenn sie einen Putsch wagen sollten, mit blutigen Köpfen heim schicken zu können.

Die polnischen Legionäre sind nach einer Meldung der „B. Z.“ am Mittag bis auf vier Kilometer an Bromberg herangerückt, nachdem sie den Bahnhof Rakel überrumpelt haben. Ebenso ist Schulig im Osten Brombergs von ihnen besetzt. Die Stadt ist nur noch nach Norden und Nordosten frei. Der Verkehr nach Bromberg ist gefährdet.

Enver Pascha verurteilt.

Wolffmeldung.

Bern, 14. Januar.

Nach Athener Meldungen verurteilte das türkische Kriegsgericht Enver Pascha und Djemal Pascha als Deserteure zur Degradation und zu einem Jahr Gefängnis.

Deutsch-holländische Handelsbeziehungen.

Wolffmeldung.

Amsterdam, 13. Januar.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß das Wirtschaftsprotokoll an Deutschland jetzt gekündigt sei. Das neue, mit den Alliierten abgeschlossene, sieht auch eine Neuregelung der Ausfuhrbeziehungen Hollands zu Deutschland vor. Im Augenblick besteht kein einziges offizielles Abkommen über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Aber eine Neuregelung wird noch verhandelt.

Tiroler Selbstständigkeitsbestrebung.

Eigener Drahtbericht.

Innsbruck, 13. Januar.

Der gestern auf Veranlassung der Tiroler Volkspartei hier abgehaltene Bauerntag nahm eine Entscheidung an, welche besagt, daß mit Wegfall der Dynastie alle rechtlichen Bande, die Tirol mit den übrigen Ländern verbinden, endgültig gelöst sind und somit Tirol ein völlig selbständiger Freistaat geworden ist.

Demonstration gegen den Spartakistischen Terror.

Eigener Drahtbericht.

Hamburg, 13. Januar.

Am Sonntag demonstrierte die Kieler Arbeiterschaft unter Beteiligung eines Teiles des Bürgertums in einem Demonstrationszug von etwa 30 000 Personen gegen den Terror der Spartakisten, gegen Anarchie und Gewalt Herrschaft, für den Sozialismus, die Demokratie und die Arbeiterregierung Ebert-Scheidemann.

Teilweise Beilegung des Streiks im Ruhrgebiet.

Wolffmeldung.

Essen, 14. Januar.

Die Belegschaften der Zechen sind heute wieder größtenteils eingeschifft. Ausständisch sind die Belegschaften von 15 Zechenanlagen mit etwa 11 bis 12 000 Mann.

Freie Wahlbetätigung.

Wolffmeldung.

Berlin, 14. Januar.

Die Reichsregierung veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der sie auf die Strafbestimmungen über die Behinderung von Wählern in der Ausübung ihres Wahlrechtes hinweist und erklärt, sie werde jeder Störung der Wahlhandlung zur Nationalversammlung mit Entschiedenheit entgegenreten.

Washington, 14. Januar. B. E. B.

Das Repräsentantenhaus hat die Bill zur Milderung der Hungersnot mit Mehrheit angenommen. Man erwartet, daß auch der Senat die Bill bald annehmen wird.

Hauptschriftleiter: G. Lutz.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

Bekanntmachung.

Das Schlachten von Rindvieh, Schweinen und Schafen außerhalb des Schlachthofes wird wiederholt streng verboten. Das Schlachthaus steht zu diesem Zwecke jeden Tag von nachmittags 2 Uhr an zur Verfügung.

Zumiderhandlungen werden neben Einziehung des Fleisches streng bestraft.

Bialystok, den 13. Januar 1919. 2718

Für den Soldatenrat: Müller.
Der Stadthauptmann: Roscher.

Gebrauchte Bücher

2722 (gelesene Bücher)
kauft Buchhandlung E. Kagan, Nikolaitrasse 5.

Zwei Zimmer zu vermieten.

Adresse: Rosenthal, Marktstraße 13.

DAS RESTAURANT
„AQUARIUM“
ECKE NIKOLAISTR. UND MARKTSTR.
IST ERÖFFNET.
Frühstück, Mittag, Abendbrot und schönes, reichhaltiges Büfett, verschiedene Weine und besondere Zimmer.
Inhaber: A. Mandelbaum.
2721

